

Gegen einen Austritt aus dem Bundesrat : Nerven nicht verlieren

Autor(en): **Schlegel, Florian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340108>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nerven nicht verlieren

Von Florian Schlegel, Regierungsrat, St. Gallen

Verehrte Gäste,
Liebe Genossinnen
und Genossen,

Ich möchte versuchen, den Standpunkt für einen weiteren Verbleib im Bundesrat in sieben Punkten zu begründen.

1. Gewiss, die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat war und bleibt eine schallende Ohrfeige. Eine Ohrfeige an die Adresse unserer Partei, an die Adresse der Kandidatin und namentlich auch an die Adresse der Frauen unseres Landes.

Und trotz allem ist es eine unzulässige Simplifizierung der Vorgänge, wenn wir die Schuld für das Debakel und das Dilemma, in dem wir uns heute befinden, ausschliesslich den andern zuweisen wollten. Wir sollten auch nicht vergessen, dass wir mit unseren politischen Gegnern und deren Exponenten in den letzten Jahren nicht nur zimperlich umgegangen sind.

Äusserst unheilvoll hat sich auch die wohl einmalig gigantische Pressekampagne im Vorfeld dieser Bundesratswahlen ausgewirkt. Ich gebe zwar zu, dass diese von uns nur noch zu einem geringen Teil zu verhindern oder zu kontrollieren gewesen wäre. Ich kann auch noch Verständnis dafür aufbringen, dass sich unser Parteipräsident in der Hitze des Gefechtes und auf den hochgehenden Wogen der Emotionen etwas zu weit vorgewagt hat. Ich suche keine Sündenböcke. *Aber für uns stellt sich heute die schicksalshafte Frage, ob wir ihm auf dem schmalen Pfad, den er eingeschlagen hat, folgen sollen oder nicht. Ich*

weiss, dass es in der Stunde der Niederlage und der Enttäuschung ganz besonders schwer ist, die eigene Situation richtig einzuschätzen und auch die Grösse aufzubringen, eigene Fehlleistungen einzugestehen.

2. So schmerzlich die Niederlage vom 7. Dezember 1983 war, so wenig bin ich bereit, das Feld zu räumen und jenen bürgerlichen Scharfmachern die grösste Freude zu bereiten, die schon am Verteilen der Erbschaft sind. Was hat sich denn ausser der personalen Entscheidung seit den Nationalratswahlen geändert? Die politische Analyse der Geschäftsleitung bringt nichts, aber auch gar nichts an den Tag, was wir nicht schon lange — zum Teil seit Jahren — wissen. Wer hat denn vor den Wahlen von einem Austritt aus dem Bundesrat gesprochen? Niemand, kein Mensch. Im Gegenteil, die Regierungsbeteiligung ist in den letzten Jahren direkt oder indirekt wiederholt



Dario Robbiani: kann sich als Sieger fühlen.

auf eindruckliche Weise bestätigt worden.

Mir scheint, dass viele von uns noch nicht begriffen haben, dass sich die Rahmenbedingungen der Politik seit Mitte der siebziger Jahre fundamental verändert, verschlechtert haben. *Es liegt auf der Hand, dass es unendlich viel schwieriger ist, staatliche Lasten denn staatlichen Leistungen zu verteilen.* Die Bandbreite für Kompromisse ist viel schmaler geworden. Man sollte vielleicht einmal einen Blick in die sozialdemokratisch regierten Länder Europas werfen. Auch dort werden zurzeit keine grossen Sprünge nach vorn gemacht. Es stellen sich überall ähnliche Probleme. Und daran, dass sich das politische Klima verschärft und verhärtet hat, sind wir auch nicht völlig unschuldig.

Sicherlich befindet sich die schweizerische Konkordanz in einer ernstesten Bewährungsprobe; allerdings am wenigsten auf der Ebene des Bundesrates. Die Krise manifestiert sich vielmehr auf der Ebene der Parteien und des Parlamentes. Bei jeder Partnerschaft kommt es gerade in schwierigen Zeiten darauf an, ob sie hält oder ob sie zerbricht.

3. Wie schon in den zwanziger und fünfziger Jahren lautet die Frage auch heute ganz simpel und einfach: Können wir mit oder ohne Regierungsbeteiligung mehr Sozialismus verwirklichen? Die Antwort fällt auch unter den gegebenen Umständen nicht schwer.

Schon das Grundlagenpapier der GL zählt eine imponierende Reihe von Argumenten auf, die trotz aller Vorkommnisse für

einen Verbleib im Bundesrat sprechen.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist dabei allerdings noch entschieden zu kurz gekommen. In den letzten Jahrzehnten sind dem Bund unzählige neue Aufgaben übertragen worden. Dadurch hat sich der Einfluss- und Entscheidungsbereich von Bundesrat und Verwaltung gewaltig vergrössert. Auch zwischen gesetzgebender und vollziehender Behörde haben sich die Gewichte eindeutig zugunsten der Exekutivbehörden verschoben. Das Parlament beklagt sich selber immer wieder über Ohnmacht und Überforderung.

Es wird vielfach übersehen, dass sowohl der einzelne Departementsvorsteher wie der Bundesrat als Gesamtbehörde eine Fülle von abschliessenden Zuständigkeiten haben. Nehmen wir z.B. die Umweltpolitik. Das Parlament hat nach langem Hin und Her ein Gesetz beschlossen, das im wesentlichen lediglich die Grundsätze aufstellt. Zu diesem Gesetz wird der Bundesrat in eigener Kompetenz nicht weniger als elf Verordnungen erlassen. Verordnungen zum Teil erheblicher politischer Brisanz. *Ich behaupte, dass die entscheidenden Weichenstellungen für die Politik unseres Landes nicht im Parlament, sondern in Exekutive und Verwaltung erfolgen.* Und nun sollen wir ausgerechnet die einflussreichste Ebene freiwillig verlassen? Meines Erachtens müsste es vielmehr ein vorrangiges Ziel sein, unseren Einfluss in der Verwaltung zu verstärken.

Mir scheint es auch in hohem Masse unlogisch, die Regierung in einem Zeitpunkt zu verlassen, wo es mehr denn je darum gehen wird, die in Jahrzehnten mühsam errungenen Positionen zu verteidigen. Politik darf nicht Selbstzweck sein. Wir politisieren doch, um die Interessen der von uns vertretenen

Menschen dieses Landes optimal wahrzunehmen, und nicht um uns in der eigenen Rolle besonders gut zu gefallen. *Selbst wenn Gründe der parteipolitischen Opportunität für einen Austritt sprechen würden, so stünde dem die gewichtigere Wahrnehmung der Verantwortung für die von uns vertretenen Bevölkerungsschichten entgegen. Sie müssten sich als von uns verlassen vorkommen.*

4. Es ist in den letzten Wochen viel von Selbstachtung und Glaubwürdigkeit geredet und geschrieben worden. Wir würden unsere Glaubwürdigkeit verlieren, wenn wir nicht austräten, behaupten die einen. *Ich frage euch, ist es denn glaubwürdig, wenn die GL noch vor weniger als vier Jahren gesagt hat, die Bundesratsbeteiligung könne nicht losgelöst von der Regierungsbeteiligung in Kantonen und Gemeinden entschieden werden, und sich heute einfach stillschweigend über diese Frage hinwegsetzten.* Ich bange nicht um meinen Sessel. Ich bin aber davon überzeugt, dass eine Doppelstrategie, wie sie jetzt anvisiert wird, unsere Kantonalparteien und Sektionen bald einmal in arge Schwierigkeiten bringen könnte. *Ich frage euch, ist es denn glaubwürdig, wenn wir noch vor weniger als vier Jahren gesagt haben, es wäre eine teilweise Selbstaufgabe, wenn wir uns freiwillig aus dem Bundesrat zurückzögen, und heute tun wir es tatsächlich.* Es gäbe noch mehr Widersprüchlichkeiten aufzuzählen. Ich verzichte darauf. Nach meinem Dafürhalten leidet die Glaubwürdigkeit dann am meisten, wenn man — ohne dass sich die Verhältnisse grundlegend verändert haben — heute dies und morgen das sagt.

5. Von der Rolle der Opposition macht man sich offensichtlich Illusionen. Man zieht Parallelen zu ausländischen Beispielen und ignoriert, dass bei

unseren staatsrechtlichen und parteipolitischen Strukturen solche Vergleiche völlig unzulässig sind. Unsere eigene Geschichte und die Geschichte der schon bestehenden Oppositionsparteien müssten uns eigentlich die Augen öffnen. Das Grundlagenpapier enthält keinerlei Vorstellungen darüber, wie die Rolle der Opposition etwa attraktiver gestaltet werden könnte. *Ohne starke, uns nahe stehende Presse und ohne aktive Unterstützung der Gewerkschaften kann aus der vermeintlichen Traumrolle bald einmal ein Alptraum werden.*

6. Wenn ich auch aus tiefster Überzeugung für den Verbleib im Bundesrat eintrete, so heisst das für mich nicht, dass man nun einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Allerdings — darüber müssen wir uns klar sein — lässt unser System keinen Raum für Bedingungen. Indessen ist es unerlässlich, die Bruchstellen der Konkordanz aufzulisten und mit den Regierungspartnern ernste Gespräche über die Modalitäten der Zusammenarbeit zu führen. Ich schliesse einen Austritt aus dem Bundesrat keineswegs völlig aus. Der Zeitpunkt hierfür ist für mich dann gekommen, wenn jede sachliche Basis fehlen würde. Soweit ist es heute eindeutig noch nicht.

Es ist aber unerlässlich, über die Erfolge und Misserfolge auf allen drei Ebenen — Bundesrat, Parlament und Souverän — laufend seriös Buch zu führen. Schliesslich könnte ich mir vorstellen, dass unter künftigen SP-Bundesratskandidaten eine Art Ehrenkodex geschaffen werden könnte, wonach die Annahme einer Wahl verweigert würde, wenn sie gegen den oder die offiziellen Kandidaten erfolgen sollte, es sei denn, dass sie von Partei und Fraktion dazu ausdrücklich autorisiert würden. Zu prüfen wäre auch, ob das Kollegialsystem insofern et-

was gelockert werden könnte, als — ähnlich wie es in einigen Kantonen schon seit Jahrzehnten besteht und sich bewährt hat — das Institut der Verwahrung eingeführt werden könnte. Die Möglichkeit der Verwahrung würde es einem Mitglied der Regierung erlauben, sich von einem Beschluss zu distanzieren, wenn es diesen mit seinem Gewissen nicht in Einklang bringen kann.

7. Abschliessend möchte ich unterstreichen, dass ich einen

überstürzten und vorwiegend aus Verärgerung gefassten Beschluss über den Austritt aus dem Bundesrat als grossen historischen Fehler betrachten würde. Ich selber gehöre zwar nicht zu denen, die aus der Partei austreten oder ihre Aktivitäten einstellen würden, wenn der Parteitag anders beschliessen würde. Ich gehöre auch nicht zu denen, die nun unseren Parteipräsidenten verteufeln und in die Wüste schicken wollen. Ich gehöre aber ebensowenig zu de-

nen, die unsere Bundesräte verteufeln und in die Wüste schicken wollen. *Für mich gibt es zwar eine Würde der Partei — und die ist verletzt worden. Für mich gibt es aber auch die Würde des einzelnen Parteimitgliedes, die Würde eines Menschen. Und die wiegt höher.*

Aus diesen Gründen bitte ich euch, die Nerven auch in einer schwierigen Situation nicht zu verlieren und für einen einstweiligen Verbleib im Bundesrat zu stimmen.

Gegen einen Austritt aus dem Bundesrat

Für eine neue Politik

Von Pierre Aubert, Bundesrat, Bern

Die Ereignisse vom 7. Dezember haben unsere Partei, aber auch das politische Leben in unserem Land tief gezeichnet. Die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen hat Leidenschaften geweckt. Sie haben Lilian eine Ovation dargebracht: Sie hat es verdient. Diese Nichtwahl hat uns vor allem daran erinnert, dass wir in der Schweiz eine Minderheit sind, dass wir in den eidgenössischen Räten eine Minderheit sind. Eine Minderheit zu sein schliesst mit ein, dass wir manchmal, ja sogar oft zu den Verlierern gehören. Dies geschah in derart brutaler Weise am 7. Dezember, dass ich bestens verstehe, dass viele es nicht verwinden können.

Aber wir werden in diesem Lande weiter leben müssen. Wir müssen fortfahren zu kämpfen, überall, wo die Entscheidungen gefällt werden. Insbesondere müssen wir im Parlament weiterarbeiten, wo wir — leider — in der Minderheit bleiben werden.

Die Frage, die ich mir stelle, die Frage, die wir uns alle stellen müssen, lautet wie folgt: Unser

Kampf für den Sozialismus, für mehr Gerechtigkeit in der Schweiz und in der Welt, unser Kampf zu Gunsten der Arbeiterklasse: wäre er durchschlagender, wäre er besser geführt, wenn wir uns heute entscheiden, den Bundesrat zu verlassen?

Ich glaube es nicht, und nichts, was in den letzten Wochen gesagt und geschrieben worden ist, beweist, dass wir besser arbeiteten, durchschlagender, wenn wir nicht im Bundesrat wären.

Dem Bundesrat anzugehören bedeutet oft, Verlierer zu sein. Das ist wahr.

Sehr oft bedeutet es aber auch, seine Kollegen erfolgreich überzeugen zu können; mitzuhelfen, einen Kompromiss zu finden, der das Wesentliche unserer Ideen bewahrt.

Im Bundesrat zu sein heisst auch, ein Departement zu führen, dort eine Politik zu machen, die sicherlich ein Kompromiss bleibt, die aber stark von unseren politischen Optionen beeinflusst ist (Entwicklungszusammenarbeit, Men-

schenrechte, grössere Öffnung unseres Landes der Welt gegenüber usw.).

Ich bin, was mich betrifft, überzeugt, dass wir im Bundesrat weiterhin eine nützliche Rolle spielen können; nützlich für unser Land; nützlich für unsere Partei und für alle jene, die in unserem Land die Kräfte der Veränderung, die Kräfte des Fortschritts darstellen, nützlich für alle jene, die sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

Wenn ich nicht mehr dieser Überzeugung wäre, würde ich ohne Zögern den Bundesrat verlassen.

Aus dem Bundesrat auszutreten hiesse sicherlich, der öffentlichen Meinung, den Mitgliedern unserer Partei, vielen unserer Sympathisanten zu zeigen, dass wir nicht in der Reaktionslosigkeit verharren!

Aber was machen wir nach dem Austritt aus dem Bundesrat?

Eine spektakuläre Geste zu machen heisst nicht, die Politik unseres Landes grundlegend ändern, es bedeutet nicht, die Frauen und die Männer, die in unserer Partei mitstreiten, die